

Was tun für mehr Lohngerechtigkeit?



Zuständig für Medien, Integration und Frauen: Susanne Raab (ÖVP). Die Presse/Clemens Fabry

15.02.2022 um 06:53

von **Iris Bonavida**



Am Equal Pay Day fordern Frauenpolitikerinnen jedes Jahr Maßnahmen gegen Einkommensunterschiede. Die zuständige Ministerin, Susanne Raab (ÖVP), ist vergleichsweise ruhig.

Der 15. Februar ist auch für Susanne Raab (ÖVP) kein guter Tag. Das Datum belegt, wie viel Arbeit die Frauenministerin noch vor sich hat. Es ist nicht ihre Schuld, dass die Situation so ist. Aber sie trägt immerhin Verantwortung dafür, dass es im kommenden Jahr besser wird.

Auf den 15. Februar fällt heuer der sogenannte Equal Pay Day. Er soll die Gehaltsschere zwischen den Geschlechtern aufzeigen. Wenn Männer und Frauen das ganze Jahr gleichwertige Arbeit leisten, werden Männer über den gesamten Zeitraum bezahlt. Frauen arbeiten hingegen die ersten 46 Tage im Jahr gratis. Die Einkommensdifferenz beträgt also im Durchschnitt 12,7 Prozent - es werden Menschen in Vollzeitbeschäftigung verglichen.

Das Datum berechnet das internationale Frauennetzwerk Business and Professional Women. Dafür nutzte es Daten aus dem Jahr 2020 - aktuellere Zahlen lagen nicht vor. Man muss den Equal Pay Day dieses Jahr auch richtig einordnen: Im Vorjahr fiel er auf den 21. Februar - also sechs Tage später als 2022. Trotzdem ist es keine positive Entwicklung, wie die Arbeiterkammer Wien erklärt. Denn während der Pandemie gab es schlicht weniger Frauen, die ganzjährig vollzeitbeschäftigt waren. Bei Frauen gab es einen Rückgang von mehr als zwei Prozent - bei Männern waren es 0,9 Prozent. Vor allem schlecht bezahlte und gering qualifizierte Frauen seien weggefallen. Zusätzlich mussten sie mehr unbezahlte Arbeit übernehmen - zum Beispiel die Kinderbetreuung.

„Rechtsanspruch auf Vollzeit“

Der Tag ist also ein guter Anlass, um Forderungen zu stellen. SPÖ-Frauenchefin Eva-Maria Holzleitner plädierte unter anderem für „einen Rechtsanspruch auf Vollzeit nach Teilzeitphasen“. Laut der Freiheitlichen Rosa Ecker „müssen wir es schaffen, dass sich die Pensionsansprüche für Frauen in diesem Land ändern“. Henrike Brandstötter (Neos) will mehr Väterbeteiligung „durch individuelle Ansprüche auf Kinderbetreuungsgelder“.

Und auch der Koalitionspartner, die Grünen, findet: Die Lohntransparenz in Österreich sei „völlig unzureichend“. „Es täte der ÖVP gut, sich einen Ruck zu geben und im Jahr 2022 anzukommen“, sagt Frauensprecherin Meri Disoski. Ihr Plan: Unternehmen ab einer Größe von 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sollen offenlegen, in welcher Position wie viel verdient wird. Derzeit gibt es - schlecht leserliche und intransparente - Einkommensberichte ab 150 Angestellten. Disoski warte aber, sagt sie, auch auf eine Reaktion zu einem Maßnahmenpaket gegen Altersarmut, das sie vor einem Jahr vorgeschlagen habe.

Und Raab? Von ihr hörte man vor dem Equal Pay Day keine Forderungen. An wen sollte sie sie auch stellen? Die Ministerin ist immerhin federführend dafür

zuständig, die Maßnahmen umzusetzen. Die großen, kämpferischen Ansagen sind ohnehin nicht ihre Art. Raab will nicht mit Druck Frauenpolitik betreiben. Die ÖVP-Frauen verweisen auf frühere Forderungen wie einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr.

Auf Nachfrage heißt es aus Raabs Büro zum Equal Pay Day jedenfalls: „Auch wenn es eine Verbesserung um sechs Tage zum Vorjahr gegeben hat, ist ganz klar: Es gibt noch viel zu tun, um eine tatsächliche Gleichstellung für Frauen zu erreichen. Daher setze ich mich unter anderem dafür ein, Frauen und Mädchen für besser bezahlte Berufe zu begeistern.“ Was genau Raab umgesetzt und was konkret bald folgen werde? Drei Punkte zählt das Ministerium auf. Erstens den Ausbau der Kinderbetreuung: Es gebe eine „klare Ansage, dass der Bund den Ländern mehr Geld zur Verfügung stellen wird“. Zweitens „zahlreiche Angebote im Empowerment- und Mint-Bereich, um Frauen in besser bezahlte Branchen zu bringen“. Es geht auch um technische Berufe. Und drittens: „Unternehmen, die die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie vorantreiben, sollen vor den Vorhang geholt werden.“

100 statt 150 Angestellte?

In der Koalition gibt es Gespräche über ein größeres Maßnahmenpaket. Wie die „Presse“ erfuhr, könnte die ÖVP bei den Einkommensberichten eine Änderung intern ausloten. Die Grenze könnte hier auf 100 Angestellte (statt 150) gesenkt werden. Im Regierungspakt hielt man dazu wohl bewusst nur stichwortartig fest: „interne Informationen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeitgleich mit Legung des Einkommensberichtes in adäquater Form“. Was das genau bedeutet, ist nun Verhandlungssache.